

„Die Stimmung bei den Firmen verschlechtert sich“

Andreas Tressin, Geschäftsführer der Unternehmerschaft, betrachtet die wirtschaftliche Lage für das kommende Jahr skeptisch.

Rhein.-Berg. Kreis. Zum Jahresende blickt der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie Rhein-Wupper und der Unternehmerschaft Rhein-Wupper, Andreas Tressin, auf das Jahr 2018 zurück und gibt einen Ausblick auf das kommende Jahr:

Eine insgesamt positive Bilanz zieht Tressin für die rund 200 Mitgliedsunternehmen: „Noch nie war die Wirtschaftskraft größer, noch nie waren die Steuereinnahmen so hoch, nie waren mehr Menschen beschäftigt und noch nie lagen die Einkommen der Bürger über die ganze Breite höher.“ Trotzdem habe die Konjunktur zuletzt Gegenwind erlebt. Nach Grippepelle und Streiks im ersten Halbjahr seien es zuletzt Probleme der Autoindustrie beim Umstieg auf das neue Zulassungs- und Abgastestverfahren zum 1. September gewesen, die die Erträge deutlich geschmälert hätten.

Für das kommende Jahr seien die Unternehmer deutlich

skeptischer: Der obere Scheitelpunkt der Konjunktur sei überschritten. Die wirtschaftliche Lage weise Brems Spuren auf. Und auch einige Institute würden das Wachstum skeptischer sehen. Danach werde das Wachstum bei rund 1,2 Prozent magerer ausfallen. „Die Stimmung bei den Unternehmen verschlechtert sich zunehmend. Bei den Mitgliedsunternehmen gehen nur noch knapp 20 Prozent von einem knappen 20 Prozent von einem knappen 20 Prozent befürchten für das kommende Jahr schwächere Auftragseingänge. Hoffentlich wird nicht die Automobilindustrie zum Sorgenkind. Fest steht jedenfalls schon jetzt: Bei den vorhandenen Überkapazitäten am Markt wird es ein Jahr mit großen Rabattschlachten geben.“

Andere Länder hätten enorm aufgeholt und Deutschland habe zuletzt spürbar an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Reformdividende der Agenda 2010 sei inzwischen leider völlig aufgebraucht. Es bestehe nach alledem in keinster Weise Anlass für die Große Koalition sich zurückzulehnen und sich weiter treiben zu lassen. Betriebe und Arbeitsplätze krisen- und zukunftssicher zu machen sei das Gebot der Stunde.

„Mehr denn je brauchen wir deshalb einen Masterplan zur Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen, der endlich



Die Erwartungen sinken laut Andreas Tressin.

Foto: Unternehmerschaft

auf eine Angebotspolitik mit wachstumsfördernden Investitionen, statt ausschließlich nur auf Umverteilung setzt. Angesichts der heftigen Turbulenzen auf der Bühne der globalen Wirtschaftspolitik, müssen wir den Wirtschaftsstandort krisen- und zukunfts fest machen.“

Konkret heiße das laut Tressin: Ein Belastungsmoratorium nicht nur bei den bürokratischen Auflagen sondern auch bei den Kosten. Stattdessen Entlastung von Bürgern und Unternehmen bei Steuern und Abgaben: Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie eine auf den internationalen Standortwettbewerb ausgerichtete Steuerreform für die Unternehmen.

Zudem müsse ein schlüssiges energiepolitisches Gesamtkonzept her, das klarstelle, wie der Strombedarf in Zukunft gedeckt und Energie und Klimapolitik in Einklang gebracht wer-

den können. Entscheidend werde dabei sein, wieder zu wettbewerbsfähigen Strompreisen zu kommen; Kostennachteile von über 50 Prozent gegenüber anderen Industrienationen seien von den heimischen Unternehmen nicht zu kompensieren.

Und: Tägliche Höchstarbeitszeitgrenzen oder eine zusammenhängende Ruhezeit von elf Stunden passten nicht mehr zu den Anforderungen an eine zunehmend digitalisierte Wirtschaft. Abschließend spricht sich Tressin für Haustarifverträge aus. „Die Flächentarifverträge sind seit langem kein international wettbewerbsfähiges Produkt mehr“, so Tressin. „Wir brauchen deshalb dringender denn je flexible Tarifverträge, die den volatilen Wachstumsverläufen ebenso gerecht werden, wie den unterschiedlichen betrieblichen Entwicklungen.“